

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 pbbn d

Inhalt

Dieter Sauberzweig, Ber-
lins Kultursenator, setzt
sich dafür ein, ohne Hek-
tik das Für und Wider im
Medienbereich abzuwägen:
Schutz oder Bevormundung?
Seite 1

Wolfgang Schwenk MdB be-
grüßt die Betonung der
Elternverantwortung durch
das Bundesverfassungsge-
richt: Das Wohl des Kin-
des ist der Richtpunkt.
Seite 3

Dokumentation

Willy Brandt zum 35. Jah-
restag der Berliner Ur-
abstimmung: Historische
Erfahrungen wachhalten.
Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 66

6. April 1981

Schutz oder Bevormundung ?

Ohne Hektik das Für und Wider im Medienbereich abwägen

Von Dr. Dieter Sauberzweig

Senator für kulturelle Angelegenheit in Berlin und
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im
Bildungswesen

Der von vielen im Lande beschworene Konsens der Demokraten in
den Lebensfragen des Volkes leidet unter einem schweren Man-
gel. Die Diskussion im Lande zeigt, daß als Lebensfrage häu-
fig - leider - nur der Wert begriffen wird, der gerade in die
jeweilige gesellschaftspolitische Interessenlage eingeordnet
werden kann. Eine solche Form der Auseinandersetzung verunsich-
ert die Bürger und trägt nicht dazu bei, Verdrossenheit
über Zustände in Staat und Gesellschaft abzubauen. Die Klage
über die Sprachlosigkeit zwischen den Generationen, die von
den Jüngeren zu Recht auch unter dem Motto "Mehr Ehrlichkeit
in Reden und Handeln" geführt wird, findet in dieser verdrehten
Wertediskussion eine ihrer wesentlichen Ursachen. Ein gu-
tes Beispiel der verdrehten Wertevorstellungen bietet die Dis-
kussion um die Einführung und Nutzung der neuen Techniken im
Medienbereich - zum Beispiel das Kabelfernsehen.

Tatsache ist, daß die Nutzung dieser Techniken für den Bürger
neuartige Informationsquellen erschließen kann. Ebenso offen-
kundig ist die Tatsache, daß Kabelfernsehen ohne "Verkabelung"
der Bundesrepublik nicht denkbar ist. Deren Kosten und die
ebenfalls ganz erheblichen Investitions- und jährlichen Be-
triebskosten sind nur durch erhebliche finanzielle Anstren-
gungen der öffentlichen Haushalte möglich. Die Frage nach Kos-
ten und Nutzen solcher Investitionen darf nicht nur, sondern
muß gestellt werden. Die Industrie- und Handelskammer zu Ber-
lin hat in ihrem Jahresbericht 1980 zu diesem Problem folgen-
de interessante Anmerkungen gemacht: "Alle Pilotversuche auf
dem Gebiet Kabel-Kommunikation stehen gegenwärtig zusätzlich
unter dem großen technischen Vorbehalt, daß man in den näch-
sten Jahren noch mit technischen Lösungen arbeiten muß, die
in der zweiten Hälfte der 80er Jahre durch den dann möglichen
Übergang zur Glasfasertechnik überholt sein werden. Deshalb
muß man sich jetzt auf finanziell begrenzte und vertretbare
Anpassungsaufwendungen beschränken, um Fehlinvestitionen zu
vermeiden."

Verleger: Dr. G. G. G.
Vertrieb: Dr. G. G. G.
Druck: Dr. G. G. G.



Die Antwort auf die Frage nach Kosten und Nutzen betrifft aber nicht nur einzelne Interessengruppen, sondern alle Bürger. Wiederum wird die CDU erlappt, Sparsamkeit bei den Staatsausgaben zu fordern, um gleichzeitig Ausgaben der öffentlichen Haushalte in Milliardenhöhe für die Einführung der neuen Techniken im Medienbereich zu verlangen. Gleichwohl: Patentrezepte existieren auch für diesen Bereich nicht. Wer patente Rezepte dennoch für sich in Anspruch nimmt, verkennt oder - was noch viel schlimmer ist - läßt bewußt die möglichen Auswirkungen der neuen Techniken im Medienbereich für sämtliche Lebensbereiche der Bürger unseres Landes außer acht. Die Gefährdung zum Beispiel von Ehe und Familie, die Gefährdung des kulturellen Lebens in unserem Lande durch Ausweitung der elektronischen Medien ist derart konkret, daß sich niemand um die sorgfältige Prüfung der Frage drücken darf, ob die totale Kabelfernsehgesellschaft, so selbstverständlich wie ihre Befürworter meinen, dem Nutzen unseres Landes dient.

Aber auch weitere Aspekte bedürfen sorgfältiger Prüfung. Wer wie die CDU und der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) für die kommerzielle Nutzung der neuen Techniken in privater Verantwortung plädiert, muß sich mit der Werteordnung des Grundgesetzes auseinandersetzen. In diesem Zusammenhang: Das Bundesverfassungsgericht hat die Meinungsfreiheit als überragendes Grundrecht für unsere freiheitliche Grundordnung bezelohnet. Da der auf Gewinn orientierte Betrieb privatrechtlicher Kabelfernsehgesellschaften, also privater Rundfunk, nur durch Werbung finanziert werden kann, ist die entsprechende wirtschaftliche Einbuße der am Markt arbeitenden Zeitungen offenkundig vorgezeichnet mit der Folge weiterer nicht wünschenswerter Konzentration. Dies folgt schon daraus, daß Werbeetats nicht beliebig erweitert werden können, so daß der Anteil elektronischer Marktwerbung zwangsläufig zu Lasten der Zeitungen und Zeitschriften steigen würde.

Wissen eigentlich alle Verleger, daß damit unter Umständen die wirtschaftliche Grundlage ihrer Verlage bedroht ist? Ist überdies allen bekannt, daß diese Gefährdung besonders für die Zeitschriften unseres Landes gilt? Ich kann mir schwer vorstellen, daß Verleger ihre Zeitungen quasi nur noch als Hobby weiter betreiben, um somit ihrerseits die Pressevielfalt aus idealistischen Interessen aufrecht zu erhalten.

Übereinstimmung der Demokraten in Lebensfragen des Volkes, zu denen zweifellos die Wertordnung des Grundgesetzes gehört, wird daher an dieser Stelle erforderlich; nicht nur darüber reden, sondern auch danach handeln! Gesellschaftliche Kräfte, die der privatrechtlichen Organisation nicht nur des Kabelfernsehens, sondern des gesamten Rundfunksystems in der Bundesrepublik das Wort reden, müssen die Gretchenfrage für die deutsche Medienlandschaft beantworten: "Wie hältst Du's mit der Meinungsvielfalt?" Wer hoch hinaus will, findet sich häufig auf hartem, da nicht unbedingt gewinnorientiertem Verfassungsboden wieder. Denn unsere freiheitliche Grundordnung, auf die wir stolz sein können, leben nicht nur mit, sondern durch die Meinungsvielfalt. Doch wer die medienpolitische Europhorie schürt, der kümmert sich wohl nicht um den möglicherweise folgenden gesellschaftspolitischen Kater im eigenen Lande. Dies zu vermeiden, gehört jedoch zu den vornehmsten Aufgaben verantwortlicher Politiker. Nicht schielen auf Wahlerfolge, nicht buhlen um die Geneigtheit von Interessengruppen - die politisch Verantwortlichen haben vielmehr ohne Hektik das Für und Wider der neuen Techniken im Medienbereich für Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik abzuwägen. Daher lautet nicht die Devise "Bevormundung des Bürgers", sondern "Schutz des Bürgers vor auf Gewinn orientierten Partikularinteressen".

Unter diesem Gesichtspunkt bedürfen die bereits laufenden Modellversuche Videotext und Bildschirmtext sowie das geplante Pilotprojekt Kabelkommunikation in Berlin breiter öffentlicher Diskussion. Wegen der gesellschaftspolitischen Auswirkungen kein Spezialgebiet nur für Fachleute, wie ich meine. Dieser Diskussion soll ebenfalls das im Auftrag des Senats von Berlin durch Professor Langenbacher erarbeitete "Projektdesign" für das Kabelpilotprojekt in Berlin dienen. Kein Alibi, sondern der ernste Versuch, sich mit den dargestellten Problemen auseinanderzusetzen.

(-/6.4.1981/vo-he/ca)

+ + +



Das Wohl des Kindes ist der Richtpunkt

Wer Elternrecht beansprucht, muß Elternverantwortung vorweisen

Von Dr. Wolfgang Schwenk MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

In zahlreichen Zeitungskomentaren ist das Urteil des 1. Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 1981 zum elterlichen Sorgerecht in nichtehelicher Lebensgemeinschaft schlecht weggekommen. Die nichtehelichen Väter vom Sorgerecht auszuschließen wurde als wenig fortschrittlich, von einigen als Schlag gegen die Gleichberechtigung empfunden. Liest man das Urteil aber genauer durch, dann zeigt sich schnell, daß für das Gericht das Wohl des Kindes wichtiger war als das Wohl der Eltern oder hier des nichtehelichen Vaters. Und dafür verdient das Gericht Dank und Anerkennung.

Die nichtehelichen Väter, die mit der nichtehelichen Mutter in Gemeinschaft leben, sie aber nicht heiraten können oder wollen, werden auf die Legalisierung oder die Adoption verwiesen. Was jedoch das Kind anbetrifft, hat das Gericht klar herausgestellt, daß bei allen Entscheidungen des Gesetzgebers im Bereich der elterlichen Verantwortung das Wohl des Kindes den Richtpunkt zu bilden hat. Ihm kommt bei Interessenkollisionen zwischen Kind und Mutter oder Kind und Vater der Vorrang zu.

Das Bundesverfassungsgericht hat seine in Beschluß vom 29. Juli 1968 vorgezeichnete Linie konsequent weitergezogen. Es hatte seinerzeit schon darauf hingewiesen, daß die Pflicht der Eltern zur Pflege und Erziehung nicht lediglich eine das Recht begrenzende Schranke, sondern ein wesensbestimmender Bestandteil des Elternrechts ist. Das Gericht fährt nunmehr fort: "Das verfassungsrechtlich gewährleistete Elternrecht setzt demnach voraus, daß die Eltern bereit und in der Lage sind, ihr Erziehungsrecht zum Wohle des Kindes wahrzunehmen; nur unter dieser Voraussetzung kann davon ausgegangen werden, daß der mit dem Elternrecht verbundenen Verantwortung entsprochen wird."

Hiermit wird deutlich gemacht, daß derjenige, der Elternrecht für sich in Anspruch nehmen will, Entscheidendes für seine Elternverantwortung tun muß. Die verfassungsmäßige Garantie des Elternrechts sieht das Gericht "in engem Zusammenhang mit der verantwortungsvollen Gestaltung des Eltern-Kind-Verhältnisses". Damit wird all denen



widersprochen, die auch heute noch geneigt sind, im Elternrecht mehr ein Herrschaftsrecht der Eltern über ihre Kinder als eine pflichtbestimmte Elternverantwortung zu sehen.

Den Vorrang des Kindeswohles unterstreicht das Gericht, indem es wegen möglicher Interessenkollision "zwischen Kind und Mutter oder Kind und Vater" sowie deren Lösung jeweils das Kind voranstellt und nicht nachrangig nennt. Sowohl diese Reihung als auch die starke Pflichtbetonung des Elternrechts machen deutlich, daß Bundesregierung und Koalitionsfraktion sehr wohl ihren Verfassungsauftrag gerecht wurden, als sie bei der Neuregelung des elterlichen Sorgerechts in Paragraph 1631 die Personensorge als Pflicht und Recht der Eltern beschreiben wollten, das Kind zu pflegen und zu erziehen. Nur um das Gesamtwerk nicht zu gefährden, willigten sie auf den starken Druck der konservativen Kräfte - angeführt von CDU/CSU - ein, die alte - nunmehr veraltete - Reihenfolge Recht und Pflicht beizubehalten. Auch insoweit wurden konservative Vorstellungen korrigiert.

Wenn Elternrecht voraussetzt, daß Eltern bereit und in der Lage sind, ihr Erziehungsrecht zum Wohle des Kindes wahrzunehmen, dann sollte diese Erkenntnis auch deutliche Richtschnur zur Ausübung staatlichen Wächteramtes sein. Noch immer gibt es Rechtsanwendung, die formales Elternrecht höher schätzt als seine inhaltliche Ausfüllung.

Ebenfalls verdient höchste Beachtung, daß das Gericht die feste Zuordnung des Kindes zu einer Familie mehrfach als notwendig hervorhebt.

Aus verfassungsgerichtlichem Urteil läßt sich nunmehr begründen, daß Unsicherheit in der Verantwortlichkeit für den Werdegang eines Kindes tunlichst zu vermeiden ist. Für die Rechtsanwendung heißt es, bei Sorgerechtsverteilung oder für Pflegeverhältnisse langfristig vorauszuschauen und kurzfristige Wechsel zu vermeiden. Um das leisten zu können, muß gründliche Tatsachenermittlung möglich sein.

Elternverantwortung vor Elternrecht - heißt das nicht auch, daß auseinanderstrebende Eltern nicht zuerst alles tun müssen, ihre persönlichen Schwierigkeiten zu überwinden, bevor sie Sorgerecht für sich beanspruchen? Beim nichtehelichen Vater hat das Verfassungsgericht dies deutlich ausgesprochen. Wie sieht es bei scheidungswilligen Eltern aus?

(-/6.4.1981/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Auf einer Großveranstaltung der Berliner Sozialdemokraten zum 35. Jahrestag der Urabstimmung über die Frage eines Zusammenschlusses mit den Kommunisten zur SED hat der SPD-Vorsitzende Willy Brandt am Sonnabend ein Grundsatzreferat gehalten. Wir dokumentieren den aktuellen Teil.

Historische Erfahrungen wachhalten

Die Vorurteile gegen den "Parteienstaat" sind alt. Sie sind ein Grundzug konservativen Denkens. In ihnen mischen sich obrigkeitstaatliches Denken - das den Staat aus gesellschaftlicher Meinungsbildung, die dann "Parteiengazänk" heißt, heraushalten will -, mit Wirtschaftsliberalismus. Der will den Staat und somit den Einfluß der Parteien auf Ordnungsaufgaben beschränkt sehen. Aber wir in Deutschland haben unsere besondere historische Erfahrung damit. Wir haben die Erfahrung des Weimarer Staates, in dem die Parteien verfassungsmäßig nicht abgesichert waren und gegen eine Ideologie ankämpfen mußten, die sie als Gefahren des "Gemeinwohls" verdächtigte. Eine Ideologie, die der nazistischen Lüge von der "Volksgemeinschaft" in verhängnisvoller Weise den Weg bereitet hat. Diese elementare historische Erfahrung müssen wir wachhalten. Und immer wieder verdeutlichen, was die Funktion von Parteien im demokratischen Staat ist. Und eben auch, welche Verantwortung sie tragen. Auch hierzu können uns die Berliner Ereignisse vor 35 Jahren viel lehren.

Für mich ist es beunruhigend, wenn einige jüngere Leute heute wieder von "Systemparteien" sprechen, ohne zu ahnen, welchen Begriff aus dem Wortschatz der Unmenschen sie benutzen. Wahrhaft unverantwortlich aber ist, wenn CDU-Leute heute aus vordergründig taktischen Erwägungen wieder Stimmungen der Parteienverdrossenheit schüren.

CDU-Leute tun dies heute, indem sie gegen die "Verstaatlichung" (die wir Sozialdemokraten bewerkstelligt hätten) zu Felde ziehen und zwar nicht in dem traditionellen Sinn des Begriffs, den wir längst hinter uns gelassen haben. Und indem sie "den Parteien" zum Beispiel vorwerfen, sie machten sich "den Staat zur Beute". Zur Verstaatlichungsthese sage ich hier nur kurz dies: Wer den Sozialstaat, den zu verwirklichen uns das Grundgesetz aufgibt, wirklich - und nicht nur mit Lippenbekenntnissen - will, der muß sich zu einer regelnden, gesetzlich begrenzten Tätigkeit des Staates im Wirtschafts- und Sozialleben bekennen. Vorwürfe gegen zuviel Staat erheben meist jene, welche die durch sozialstaatliche Regelungen eingeengte Macht des wirtschaftlich Stärkeren gegenüber dem Schwächeren wieder freisetzen wollen. Bei der zweiten These aber halte ich ein: Was heißt zur Beute machen? Wer soll staatlich Funktionen einnehmen, wenn nicht Vertreter der vom Volk gewählten Parteien? Soll der Staat wieder über den Parteien stehen? Oder sollen nur Parteilose politische Funktionen bekleiden?

Dabei sind wir beim Kern des "Filz"-Vorwurfs. Es ist sicher so, daß in Berlin alle Parteien eine zu enge personelle und institutionelle Verquickung zwischen der Verwaltung und öffentlichen Unternehmungen zugelassen und zum Teil gefördert haben. Das hat seinen Sinn gehabt und hat ihn noch weiter: Öffentliche Unternehmungen sollen und müssen ja auch ihren Platz im Rahmen staatlicher Politik haben. Aber dies hat auch zu Mißtrauen bei den Menschen geführt. Einmal, weil die Kompetenzüberschneidungen gelegentlich zu groß waren, und weil wohl auch manche persönliche Karriere zu glatt von der Administration ins Unternehmen und zurück geführt hat. Dem will und wird die Berliner Sozialdemokratie, soweit sie selbst betroffen ist, ein Ende bereiten. Ich begrüße sehr, daß überzeugende Schritte auf diesem Weg gemacht sind.

Aber es ist fatal und gefährlich, aus diesem Anlaß eine allgemeine Kampagne gegen die Besetzung von staatlichen und halbstaatlichen Positionen mit parteipolitisch ausgewiesenen Frauen und Männern zu betreiben: Dies gilt für andere Parteien wie für die eigene. Nichts gegen neutrale oder parteipolitisch ungebundene Fachleute dort, wo sie hingehören. Aber Aufgaben, die nun einmal politisch sind, müssen politisch ausgewiesenen Personen übertragen werden. Und die können in den meisten Fällen nur aus nur Parteien kommen. Hält man es anders, beginnt eine Art von - in der Tat - Entstaatlichung, die nicht zu einer Objektivität mit höherer Weihe führt, sondern einfach dazu, daß ganze Sektoren dem parlamentarischen Einfluß entzogen werden. Dies freilich wäre denen recht, die ohnehin



Überall zuviel Staat sehen und möglichst viele öffentliche Aufgaben privatisieren wollen. Auch wo dies ganz abwegig ist. Wir müssen davon ausgehen, daß die Parteien nun einmal entscheidend Rekrutierungsfelder für politischen Nachwuchs sind. So ergibt es sich aus der Rolle, die den Parteien durch das Grundgesetz zugewiesen ist; so will es unser parlamentarisches System. Woher sollen sie sonst kommen? Wollen wir Akademien für Führungskräfte einrichten? Auch dies gehört zu der Verantwortung von Parteien. Ebenso wie es zu ihrer Verantwortung gehört, dann auch die wirklich am besten geeigneten Kandidaten für öffentliche Ämter zur Verfügung zu stellen.

Die konservative Kampagne gegen den Parteienstaat ist nicht nur unglaublich, sie ist politisch gefährlich. Sie fördert Staats- und System-Verdrossenheit. Sie fördert den Blind- und Nichtwähler. Sie fördert obrigkeitstaatliche Tendenzen. Sie hält qualifizierte Mitbürger davon ab, sich in den Parteien und damit für unseren Staat zu engagieren. Und sie fördert letztendlich auch die zutiefst unpolitische Vorstellung, die Aufgabe von Politik sei nur die möglichst kompetente Leitung und Verwaltung des Bestehenden. Es entsteht der Eindruck, die Strecke sei - womöglich schon aus Sachzwängen - ohnehin festgelegt. Und die Wahl zwischen verschiedenen Parteien sei nur die Wahl zwischen zwei - ich wiederhole das aus gutem Grund - verschiedenen Bedienungsmannschaften. Wir Sozialdemokraten müssen dem mit Entschiedenheit entgegentreten. Wir dürfen niemals den Eindruck erwecken, wir stellten einfach nur die "besseren Männer". Es ist nicht die gleiche Strecke, es sind zwei verschiedene Strecken, die gefahren werden, wenn die Konservativen oder wenn wir die Weichen stellen. Es ist nicht alles so wohlgeordnet im Lande, daß man es unpolitischen Fachleuten überlassen dürfte. Wir wollen etwas verändern, Sachen in Ordnung bringen, Dinge nach vorn bewegen. Auch Vorstellungen von dem, was der Mensch wegen geboten ist.

Dies gehört zu unserer Situation gegenüber dem "bürgerlichen" Lager und damit gegenüber der CDU. Aber das eigentlich Beunruhigende nun ist, daß diese gleiche Parteienverdrossenheit oder -feindlichkeit, dieser Affekt gegen den Verantwortungsbegriff der SPD und auch gegen wesentliche Elemente unseres Gesellschaftsverständnisses in einer merkwürdig ähnlichen Form von adnerer Seite geschürt wird. Von einem Teil der jungen Generation, von einem Teil der neuen, der - wie manche sagen - "post-industriellen Mittelschichten". Von gesellschaftlichen Gruppen also, auf deren Unterstützung wir vor zehn Jahren erstmals stärker zählen konnten.

Hier finden sich gelegentlich Argumente und Vorstellungsfiguren mit denen der CDU und anderer konservativer Propheten. Daß die geschickteren und auch skrupelloseren Taktiker in der CDU diese Nähe sehr wohl bemerken und - über die Philosophie der sogenannten "welchen Themen" - zum Zweck einer Art gesellschaftlichen Zangenbewegung gegen die Sozialdemokratie ausnutzen möchten, das will ich hier nur noch einmal am Rande erwähnen.

Aus Teilen dieser gesellschaftlichen Gruppen schlägt der Sozialdemokratie nicht mehr eine von Reformhoffnungen getragene Sympathie entgegen, sondern Desinteresse, Distanz, die sich in konkreten Konfliktfällen zur Aggressivität steigern können. Und häufig auch eine Art gesellschaftlichen Naserümpfens. Und gegen unsere politischen Verantwortungsbegriff wird eine Art fröhliche Verantwortungsfreiheit gesetzt, die bei uns manchen in Erregung treibt, oder gar in Verzweiflung.

Da gibt es ein "Politikverständnis der spontanen Entscheidung", das wenig nach den Folgen für die Gesamtgesellschaft oder nach dem ökonomischen Gesamtzusammenhang fragt. Dies äußert sich - zum Beispiel, wenn es um den Schutz der natürlichen oder der gebauten Umwelt geht - etwa in ganz losgelösten ad-hoc-Forderungen, die, wenn sie generalisiert - und das heißt ja ganz eigentlich politisch gestellt - werden müssen, oft auf ganz unsinnige Vorstellungen hinauslaufen. Und das äußert sich in subjektiv-individuellen, oft einfach gesellschaftlich egoistischen Forderungen, bei denen es nur um die Durchsetzung eigener Bedürfnisse und Lebensformen geht.

Kein Wunder, daß dort die Idee einer "Politik in der ersten Person" Platz greift (wie es einmal ein intellektueller Kopf der Alternativszene formuliert hat), "die Parteienstrukturen überflüssig machen soll".

Da gibt es auch solche Bürgerinitiativen, die viele Forderungen vertreten, die losgelöst sind vom ökonomischen Gesamtzusammenhang und auch losgelöst von den Interessen anderer



gesellschaftlicher Gruppen. Wohlgemerkt: Ich mache mir nicht die These zu eigen, wonach Bürgerinitiativen durchweg gleichsam nach dem Sankt-Florians-Prinzip nur Partikularinteressen vertreten. Aber richtig ist sicher, daß sie häufig Teilinteressen vertreten. Bewußt nur die eine Seite eines Interessenkonflikts, in dem ein Kompromiß erst zu finden wäre. Gewiß ist dies nicht von vornherein unzulässig. Zuweilen ist es geradezu erforderlich, auch begrenzte Interessen wahrzunehmen. Zumal man sich in aller Regel darauf verlassen kann, daß andere gegenhalten. Was nicht geht, ist zum Beispiel die Vorstellung vom Gemeindeparlament als Befehlsempfänger von Initiativen.

Es gibt da auch zuweilen eine neue Mentalität bei jüngeren Angehörigen von im Grunde fortschrittlichen neuen Schichten, die freilich nach unseren Kategorien nicht schon als links bezeichnet werden kann, weil sie "angegrünt" ist. Da zeigt sich eine starke Antipathie gegen die SPD und gegen die angeblich von der Sozialdemokratie veranstaltete "SPD-Kultur". Hier geht es etwa um die Verteidigung des Einzelnen, Individuellen, Spontanen, gegen eine zunehmende Uniformität und Lähmung der Gesellschaft, gegen die "Verstaatlichung", gegen die Anonymisierung durch Großorganisationen. Zur Charakterisierung dieser Mentalität lassen sich eine Menge gesellschaftlicher Trends geltend machen. Da ist für mein Empfinden ein Stück Wehleidigkeit angesichts starker beruflicher Konkurrenz. Da ist auch das Bedürfnis, weg von den großen und hin zu den kleinen Strukturen zu kommen, von der Uniformität der Großgesellschaft hin zum Recht der kleinen Lebenskreise. An dieser Kritik ist sicherlich manches berechtigt, und dem wollen wir stärker nachgehen. Unredlich ist nur, wenn die SPD hier pauschal für eine Quasi-Uniformierung und sogenannte Verstaatlichung verantwortlich gemacht wird. Mir scheint, hier drückt sich gelegentlich das Unbehagen darüber aus, daß es ein abgeschirmtes, geruhames Leben für Eliten bei uns nicht mehr gibt. Das werden wir nicht ändern.

Auch die Bürokratiekritik, Verwaltungskritik, Kritik über Erdrosselung durch Gesetzes- und Normenflut und so weiter lassen sich gut auf die Mühlen der Konservativen leiten. Kennzeichnend sind hier so erscheint es vielen von uns, unbekümmerte Widersprüchlichkeiten - das Beispiel der Aufsteigerfamilie, die sich für Umweltschutz und Energiesparen engagiert, aber ohne Not einen Zweitwagen fährt - und ein ebenso unbekümmerter Snobismus gegenüber Arbeiterinteressen und den Leistungen des Sozialstaats. Angesichts solcher Erscheinungen kann es nicht verwundern, wenn mancher sozialdemokratische Funktionär - zumal wenn er gleichzeitig Gewerkschafter ist - nicht nur mit Verwunderung, sondern auch mit Erbitterung reagiert. Bestimmte unsensible Argumente - etwa, daß die Sorge um Arbeitsplatzsicherheit in der energiepolitischen Diskussion ein "gehirnerweichendes Totschlagsargument" sei - verschärfen solche Erbitterung dann noch. Zu sehr sind diese Form eines egoistischen Individualismus und diese Teilsicht der Dinge von der Tradition der Arbeiterbewegung entfernt. Zu sehr steht dieser eher bürgerliche "politische Luxus" zu unserem Begriff von gesellschaftlicher und sozialer Verantwortung im Gegensatz. Dennoch sollten wir nach Möglichkeit die hier vorhandenen Gegensätze nicht unnötig verschärfen.

Wir können solche Polarisierungen nicht wollen. Die Gegensätze sind ja auch nicht eigentlich Klassengegensätze. Vielmehr haben wir es zu tun mit einer schwierigen Verquickung zwischen sozial und soziologisch unterschiedlichen Herkunftsfeldern und einem Generationsproblem: So steht der Großteil der technischen Intelligenz durchaus auf der Seite der Gewerkschaften und unserer Stammwählerschaft. Und umgekehrt sind Protest und Jugendkultur längst nicht mehr das Privileg von Kindern aus akademisch-bürgerlichen Kreisen.

Wir können die Polarisierung nicht wollen, weil sie eine Kriegserklärung bedeuten würde an einen großen Teil der Jugend, an einen großen Teil der Bevölkerungsschichten, die als Vertreter der "nachindustriellen" Dienstleistungsgesellschaft zahlenmäßig wachsen - und eine Kriegserklärung sogar gegen große Teile der eigenen Partei, namentlich vieler der Aktiven, also der Funktionäre.

Dies ist der Grund für manche Mißverständnisse in der Debatte um Zustand und Zukunft der SPD: Viele können oder wollen nicht akzeptieren, daß eine Volkspartei - ich könnte auch sagen: eine Massen-, eine Integrationspartei -, also eine Partei, die potentiell 50 Prozent oder mehr der Wähler auf sich vereinigen möchte, soziale Koalitionen eingehen, ja zimmern muß. Die Öffnung von Godesberg, die Integration eines erheblichen Teils der Außerparlamentarischen Opposition nach 1969, das Verkräften des kräftigen Mitgliederzustroms



36. Jahrgang/ 66 / 6. April 1981

1972 - das und anderes hat die Sozialdemokratie selbstverständlich verändert. Zu der Partei, die jahre- und jahrzehntelang "ein Bündnis von Denkenden und Leidenden" war, um Lassale zu zitieren, und die dann die Facharbeiter mit Teilen der technischen Intelligenz zusammenführte, stießen nun die neuen Schichten: Angehörige der Dienstleistungsberufe, zumelst mit einer höheren Schulbildung, wirtschaftlich relativ gesichert, häufig Angehörige der Nachkriegsgeneration, kurz: Menschen mit Vorstellungen, die sich von denen der "alten SPD" wesentlich unterschieden. Nicht eigentlich in der Zielrichtung, wohl aber in der Einschätzung der alltäglichen Praxis.

Keine Mißverständnisse: Es wäre mehr als nur verkürzt, wenn man unsere alte Kernwählerschaft als nur materiell oder "ökonomisch" orientiert, die neuen Schichten dagegen als ideell-moralisierend bezeichnen wollte. Natürlich: Wer nach wie vor einen wirtschaftlichen Nachholbedarf hat, muß sich anders verhalten als der, der gewissermaßen saturiert ist. Wer die blanke Not der Nachkriegsjahre zusammen mit anderen weggearbeitet hat, der hat andere Erfahrungen als einer, der im sogenannten Wirtschaftswunder aufwuchs. Hinter der wirtschaftlichen - manche sagen: ökonomistischen - Orientierung vieler Arbeitnehmer, können genauso moralische Triebkräfte stehen, wie hinter dem Protest ökologischer Gruppen gegen ein Kernkraftwerk oder eine Autobahn. Es steht also nicht Moral gegen Ökonomie, es stehen moralische Urteile mit unterschiedlichen Voraussetzungen gegeneinander.

Die Polemik in der und außerhalb der SPD schon gegen die Prozesse der Selbstverständigung ist kurzsichtig. Würden wir sie uns schenken, sprengten wir das soziale Bündnis, das uns über die 40-Prozent-Marke der Bundestagswahlen getragen hat, in die Luft. Wir würden dann manche heikle Debatte los. Aber wir zögen uns in den Turm der 30 oder 35 Prozent zurück, in dem wir die ersten zwanzig Nachkriegsjahre im Bund verbracht haben: Nicht immer einiger als heute, aber jedenfalls von der politischen Macht verdrängt...

Der bei unseren politischen Gegnern seit langem beliebte und in der SPD leider auch beliebter werdende Versuch, die Kernwählerschaft der SPD gegen neue Schichten auszuspielen, bedeutet ein gefährliches Spiel. Es ist blanke Illusion, in einer Gesellschaft, in der der Arbeiteranteil sinkt, auf die neuen Schichten verzichten zu können. Und doch bleibt gleichzeitig richtig, daß es nur mit der Arbeiterschaft eine gesunde und kraftvolle Sozialdemokratie gibt. Nur wer sich diese beiden Erkenntnisse bewußt macht, kann in der und mit der SPD erfolgreich sein.

Dies bedeutet allerdings auch, daß beide Elemente, beide Formationen die es in der Mitgliedschaft gibt - in Wirklichkeit sind es ja dann gar nicht nur zwei -, bei den Funktionären, bei den kommunalen Mandatsträgern, bei den Abgeordneten auf allen Ebenen ihre Widerspiegelung finden müssen. In manchen Regionen ist die Gefahr entstanden, daß die Arbeiter in der Konkurrenz mit Lehrern, Beamten oder Sozialarbeitern oder, daß die Ingenieure in die Konkurrenz mit Studenten oder Erziehern in die Inaktivität gedrängt werden. Oder: Daß sie, ohne gedrängt zu werden, resignieren. Solche Entwicklungen wären gefährlich für die SPD. Deshalb werden wir sie nicht zulassen.

Wir sind aufgerufen zur Vermittlung, zur Integration - der Menschen wie auch ihrer politischen Haltungen. Erinnern wir uns nachdrücklich einer anderen historischen Leistung unserer Partei, vielleicht der größten der Nachkriegszeit: an das historische Bündnis von Godesberg, um mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Liberalität in unserem Lande durchzusetzen. Es ist unsere Aufgabe heute, dieses Bündnis zu erhalten, gegenläufige Strömungen wieder zusammenzuführen, unseren Stammwählern Empfindungen der Erbitterung über die "kleine Kulturrevolution" zu nehmen, die sich da vielfältig abspielte. Und den jungen und sich jung fühlenden aus den neuen Schichten klarzumachen, daß alle Suche nach neuen Lebens- und Arbeitsformen eine Kältschnäuzigkeit ist, wenn sie an den Lebensinteressen und an den Sorgen der arbeitenden Menschen in unserem Lande und der sie organisierenden Gewerkschaften vorbeigeht. In beiden Richtungen müssen wir arbeiten. Und zu den arbeitenden Menschen gehören natürlich die Rentner immer mit dazu...

Wir stehen nicht am Ende einer Epoche. Aber eines freilich müssen wir wissen: Daß wir die Aufgabe, von der ich hier sprach, zu leisten haben. Nicht nur, daß wir die Handlungsfähigkeit verlieren, wenn wir die Gegensätze treiben lassen - es gibt keine politische Kraft im Lande, die sie vermitteln könnte. Die Konservativen können es gewiß nicht. Und selbst wenn einige von ihnen wollten, so behielten doch am Ende jene recht, die schon von Beginn an lebensgefährliche Gummigeschosse empfahlen...

Wir müssen die Kräfte wieder zusammennehmen, die wir haben als Partei - als Massenpartei, als demokratische Partei, als Organisation, die zu Lernprozessen fähig ist. Und als Partei, die fähig ist, ihre Identität zu bestätigen, teils neu zu formen.

Recht zuversichtlich, daß wir die Kraft der Vermittlung werden haben können, macht mich vor allem dies: Ich sehe, daß jene, die da am Werk sind - trotz ihrer Tendenz, die Gesamtverantwortung zu vernachlässigen, trotz mancher unpolitischer Einseitigkeit, trotz des gelegentlichen Abgleitens in bloßen Protest oder sogar Krawall -, im Kern nichts anstreben, was dem Ziel des demokratischen Sozialismus eigentlich fremd sein muß. Im Gegenteil, es sind häufig Ziele, die herausgewachsen sind aus Schritten, die wir selbst getan haben, die hineinpassen in den weiteren Weg der Sozialdemokratie. Darum haben sie ja auch bei vielen in unserer Partei beachtlichen Widerhall.

Ich sehe bei den Jungen, bei den Alternativbewegungen und bei der (zahlenmäßig sehr viel breiteren) stimmungsmäßigen Strömung innerhalb der neuen Schichten den Versuch eines Wiederherstellens von Lebens- und Erfahrungszusammenhängen. Man sucht neue Formen des Zusammenlebens, jenseits der nicht seltenen Isolierung von Kleinfamilien. Neue Formen der Integration von Arbeit und Freizeit - jenseits der künstlichen Trennung, die uns der industrielle Kapitalismus aufgezwungen hat. Eine Zusammenführung von Arbeit und Kultur - jenseits von Professionalisierung einerseits und passiver Aufnahme andererseits. Man will zurückfinden zum Selbermachen, zum Selbsterantworten - jenseits der immer noch fortschreitenden Arbeitsteilung. Und man sucht mehr Menschlichkeit und Wärme.

Nun frage ich: Sind uns diese Ziele fremd? Sind es nicht auch unsere eigenen Ziele? Wir sollten den Kritikern nicht gestatten, uns vorzuwerfen, all dies, was hier bekämpft wird, seien Strukturmerkmale einer hämisch so bezeichneten "SPD-Kultur". Es sind vielmehr Kennzeichen eines fortgeschrittenen Industrialismus, mit dem sich unkritisch zu identifizieren demokratischen Sozialisten keinen Anlaß haben. Sondern wir sollten den Finger darauf legen, daß erst der Kampf der Arbeiterbewegung um mehr soziale Gerechtigkeit jene Freiräume geschaffen hat, in denen solche Schritte zu einem Aufheben von Entfremdung, zu einer Vermenschlichung des Lebens erst möglich werden.

Der zweite Grundsatz scheint mir zu sein: Immer mehr Menschen interessieren sich für die Qualität des gesellschaftlichen und des öffentlichen Lebens. Und darum fordern sie verstärkt Einspruchs- und Mitwirkungsrechte auch bei Angelegenheiten, deren Regelung in traditioneller Sicht ausschließlich dem Staat vorbehalten war. Sie interessieren sich für das Haus - das, in dem sie wohnen, und das gegenüberliegende -, für die Straße und den Kiez, für den Verkehr, und dafür, was die Kinder in der Schule lernen. Sie wollen wissen, woher der Strom kommt und ob die Luft sauberer wird.

Jetzt frage ich aber: Was drückt sich denn in diesen auf Mitbestimmung drängenden Wünschen anderes aus als das Prinzip "Mehr Demokratie wagen", das ich selbst unserer Regierungsarbeit vorangestellt hatte? Und das dem Demokratieverständnis unseres Grundsatzprogramms entspricht. Nein, von all dem haben wir uns nicht zu distanzieren.

Die Schwierigkeit liegt an einer anderen Stelle. Sie liegt darin, daß der individuelle, subjektive, auf den Einzelpunkt bezogene Zugriff unpolitisch ist. Es ist der Unterschied zwischen dem Akt des Hier-und-Heute-Machens und der Durchsetzung eines politischen Ziels. Ich verstehe gut, wenn ein junger Mensch sagt: Auf meine Selbstverwirklichung heute kommt es mir an; auf die Erhaltung dieses Hauses oder dieser Bäume kommt es mir heute an. Aber dies ist eben häufig zu eng.

Die Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie haben in den 120 Jahren ihrer Geschichte gelernt, daß nicht der einzelne und allein der gute Wille, sondern die Zielstrebigkeit und die Handlungsfähigkeit der Organisation etwas in der Welt verändern. Sehr unpolitisch ist eine Einseitigkeit, die nicht fragt, welche gesellschaftlichen Folgen eine Forderung oder Handlung hat. Die nicht fragt, welche Konsequenzen sie hat in einem Bereich, den man nicht so interessant findet. Die nicht fragt, welche Reaktionen sie hervorruft bei sozialen Gruppen, zu denen man nicht gehört.

Ich bin dafür, daß wir Sozialdemokraten verstärkt die Diskussion um unsere Ziele führen und an dieser Diskussion unsere Identität weiter formen. All diejenigen, die über die SPD die Nase rümpfen, und all diejenigen, die aussteigen möchten, bevor sie eingestiegen sind, und die doch nicht wollen, daß ihre Wünsche in plakative Forderungen umgemünzt werden, all diese lade ich ein, den Prozeß der Meinungsbildung zu verfolgen. Er ist langsam, schwierig und manchmal irritierend. Es ist ein demokratischer Prozeß, und einer, bei dem es nicht nur um Wünsche geht, sondern auch um Handlungsfähigkeit und Verantwortung. Denn wenn wir die Verantwortung verfehlen und die Handlungsfähigkeit verlieren, dann sind alle Wünsche auf lange Zeit vertagt. Und genau das gilt es abzuwenden. Unsere SPD, die auch Arbeiterpartei blieb, als sie sich zur Volkspartei ausweitete - und die beides bleiben muß -, hat sich an diesen Herausforderungen zu bewähren. (-/6.4.1981/ks/ca)